

Schwäbische Zeitung

BODENSEE BUSINESS FORUM

BBF
Bodensee Business Forum

Ereignisse auf weit entfernten Kontinenten haben stärkere Auswirkungen auf das persönliche Leben im eigenen Land als viele hier glauben. Corona ist das beste Beispiel: massive Folgen hier am Bodensee geben. Das langsame Impfen von Branchen spüren das schon jetzt. Beispiel Afghanistan: Das Desaster im Zuge der Taliban-Machtübernahme hat der Glaubwürdigkeit des gesamten Westens schwer geschadet. Die internationale Zusammenarbeit wird schwieriger. Beispiel Klimawandel und Digitalisierung: Die Industrien und die Regierungen müssen einen Strukturwandel gestalten, um bei harter Konkurrenz etwa aus China Wohlstand und Frieden auf unserem Kontinent zu sichern. Es gilt, die Werte Europas nicht nur zu verteidigen, sondern zu leben.

Wird die Pandemie nicht weltweit besiegt, wird es weiter bremsen das Weltwirtschaftswachstum. Exportorientierte Branchen spüren das schon jetzt. Beispiel Afghanistan: Das Desaster im Zuge der Taliban-Machtübernahme hat der Glaubwürdigkeit des gesamten Westens schwer geschadet. Die internationale Zusammenarbeit wird schwieriger. Beispiel Klimawandel und Digitalisierung: Die Industrien und die Regierungen müssen einen Strukturwandel gestalten, um bei harter Konkurrenz etwa aus China Wohlstand und Frieden auf unserem Kontinent zu sichern. Es gilt, die Werte Europas nicht nur zu verteidigen, sondern zu leben.

Dr. Hendrik Groth

Chefredakteur der „Schwäbischen Zeitung“

Vernetzen statt verzweifeln – Ideen für eine Welt im Wandel

Graf-Zeppelin-Haus, Friedrichshafen

FOTO: ACHIM MENDE

Mit freundlicher
Unterstützung von:



Zwei Länder, ähnliche Probleme: Afghanistan und der Irak. Beide Staaten und ihre Bürger sind von bewaffneten Konflikten gezeichnet, US- oder Nato-Truppen haben die Geschicke mitbestimmt. Und dennoch gibt es Hoffnung und Appelle zur Versöhnung.

Mit Steinen beworfen

Zarifa Ghafari war die jüngste Bürgermeisterin Afghanistans und konnte unter Lebensgefahr fliehen – Nun ruft sie zum Dialog auf

Von Dirk Grupe

FRIEDRICHSHAFEN - Eigentlich wollte Zarifa Ghafari auf dem Podium des BBF nicht weinen, das hatte sie vorher im Gespräch beteuert. „Weil manchmal überkommen mich die Gefühle, wenn ich über die Flucht spreche.“ Nach einer Weile im Gespräch mit Steffi Dobmeier, stellvertretende Chefredakteurin bei Schwäbisch Media, stockt die Stimme dann aber doch und die Emotionen liegen in ihren eindringlichen Worten: „Ich will wirklich mit den Taliban reden“, sagt sie, „ich will sie fragen, warum sie meinen Vater getötet haben. Warum sie meiner Mutter ihre Rechte nehmen. Warum sie das alles Millionen Familien in Afghanistan antun.“

Zarifa Ghafari. Die 27-Jährige ist zu einem Symbol geworden für den Kampf um die Rechte der Frauen in Afghanistan. Im Alter von 24 Jahren wird sie die jüngste Bürgermeisterin des Landes in Maidan Shahr, der Hauptstadt der östlichen Provinz Wardak. Noch bevor sie ihr Amt antreten kann, wird sie mit Steinen beworfen und von bewaffneten Männern angepöbelt. Trotzdem beginnt sie ihre Arbeit als eines der wenigen weiblichen Stadtoberhäupter Afghanistans, erhält in der Folge

Todesdrohungen und überlebt mehrere Anschläge. Nach der Machtübernahme durch die Taliban kann sie nach Deutschland fliehen. Seit zwei Monaten lebt sie in Düsseldorf, hält Vorträge zu Afghanistan, gibt Interviews und appelliert, ihre Heimat nicht aufzugeben.

„Die internationale Staatengemeinschaft muss Druck auf Pakistan ausüben und es mit Sanktionen belegen.“ Seit 2001 werde das Land finanziell unterstützt, das gleichzeitig jedoch den Terrorismus nach Afghanistan bringe. „Wir müssen das Band zwischen Pakistan und den Taliban trennen.“

Wie es ist, unter dem alltäglichen Terror unter ständiger Bedrohung zu leben, weiß Ghafari seit frühester Kindheit. Geboren wird sie als Älteste von acht Geschwistern in Kabul, ihr Vater war Soldat und die Mutter Physikerin, die Familie stammt aus der Volksgruppe der Paschtunen. Als sie vier Jahre alt ist, übernehmen die Taliban ihre damalige Herrschaft, Frauen zeigen sich kaum in der Öffentlichkeit und dürfen keiner Arbeit nachgehen. Trotzdem trägt sie als Mädchen die Haare kurz, Jeans und T-Shirt, bedeckt sich schnell, wenn Islamisten auftauchen. Eine Nachbarin lehrt sie in dieser Zeit heim-

lich Englisch, mit zwölf Jahren kann sie endlich in die Schule gehen, wo sie das einzige Mädchen ist. Das als ältestes Kind der Familie lernt, Verantwortung zu übernehmen, das sich um die Geschwister kümmerte, das einkaufen und Wasser holen ging. Und das seither immer auf einen eigenen Weg pocht.

Nach dem Schulabschluss geht Ghafari nach Indien, um Ökonomie zu studieren, gründet später in Afghanistan eine Organisation, die Frauenvereine unterstützt sowie einen Radiosender für junge Frauen.

Und wird schließlich eine junge Bürgermeisterin. Ihre Aufbauarbeit, ihr Einsatz für die Rechte der Frauen, wird jedoch durch die erneute Machtübernahme durch die Taliban verhindert. Was bei ihr einen tiefen Schmerz hinterlässt, wie sie in Friedrichshafen berichtet.

„Afghanistan ist eigentlich ein lebensfrohes und liebevolles Land“, sagt sie. „Eine lebendige Gesellschaft, in der Paare Hand in Hand spazieren gehen konnten, in der sich die Menschen in Cafés trafen und sich eine junge Social-Media-Gesellschaft entwickelt hatte.“ Diese Entwicklung wurde durch die Machtübernahme der Taliban jäh gestoppt.



Zarifa Ghafari

FOTO: CHRISTIAN FLEMMING

Ghafari lebte zu dieser Zeit mit ständiger Todesangst. Ihr Vater wurde zuvor schon in Kabul von einem Taliban erschossen. In einem Telefoninterview erklärt sie: „Ich sitze hier und warte auf sie. Es gibt keine Hilfe für mich oder meine

Familie. Sie werden kommen und Leute wie mich umbringen.“

So weit kommt es glücklicherweise nicht. Als die Taliban in Kabul einmarschieren, wechselt sie jeden Tag ihr Versteck. Die Flucht gelingt schließlich mithilfe der

deutschen Regierung sowie der US-Kräfte, die ihr ein Auto stellen. „Als wir dann zum Flughafen gefahren sind, musste ich mich zwischen die Füße meiner Familie legen“, berichtet sie später. „Als wir den Checkpoint der Taliban passiert haben, hat man einen großen Rucksack über mich gelegt, damit die Taliban mich nicht sehen konnten.“ Von Kabul aus erreichte sie Islamabad, dann Istanbul und schließlich Deutschland. Und kämpft von hier aus für ihre Heimat, aber nicht mit Waffen.

Denn den Dialog mit den Taliban, den meint sie ernst, den will sie allen Gegensätzen zum Trotz tatsächlich führen. „Die Patrone einer Pistole lässt sich nicht durch eine Patrone in der eigenen Pistole aufhalten“, erklärt Ghafari und betont: „Wir müssen mit den Taliban reden.“

Damit, so die junge Politikerin, die Mechanismen der Logik, der Worte, der Politik und der Strategie greifen. „Mein Land ist so schön und natürlich“, sagt sie mit brüchiger Stimme. „Wir sind des Krieges müde. Wir wollen wie normale Menschen leben in einer normalen Welt.“ Was zwar schlicht klingen mag, aber so unendlich schwerfällt in ihrer fernen Heimat Afghanistan.



Besuchen Sie uns in Carthago City

- Große Verkaufsausstellung Carthago, Malibu Van und Reisemobile
- Test&Rent Vermietstation
- Werksbesichtigungen

Faszination Carthago

Internationale Spitzenklasse aus der Wirtschaftsregion Oberschwaben: Die Carthago Gruppe in Aulendorf ist Europas Nummer eins für Premium-Reisemobile.

Bodenständig und gleichzeitig welttoffen, das ist Carthago Kultur. Mit dem Firmensitz Carthago City in Aulendorf sind wir unseren Wurzeln treu geblieben. Neben der Fertigung unserer Premiumklasse-Reisemobile sind hier eine große Verkaufsausstellung, ein Servicecenter sowie die Unternehmenszentrale konzentriert.

Werfen Sie einen Blick hinter die Kulissen und nehmen Sie an einer der täglichen Werksbesichtigungen teil. Anmeldung unter www.carthago.com



carthago
Das Reisemobil.

Carthago Reisemobilbau GmbH • Carthago Ring 1 • 88326 Aulendorf
info@carthago.com • www.carthago.com

Der Irak wird kein zweites Afghanistan

Trotz des US-Truppenabzugs keine Gefahr für die Stabilität des Landes – Kampf gegen Terrormiliz „Islamischer Staat“ geht weiter

Von Ludger Möllers

FRIEDRICHSHAFEN - Der bevorstehende Abzug der US-Truppen aus dem Irak wird die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) zwar stärken, aber das Land nicht entscheidend destabilisieren: Diese Aussicht hat der Gouverneur der nordirakischen Provinz Dohuk, Ali Tatar, gegeben. Der IS werde nicht wie im Jahr 2014 große Teile des Irak überrennen sobald die US-Truppen das Land verlassen haben werden: „Dafür sind heute vor allem im Norden die Streitkräfte, vor allem die kurdischen Peschmerga, zu stark und zu gut ausgebildet.“ Daher drohe „kein zweites Afghanistan“, wie Tatar im Gespräch mit der Berlin-Korrespondentin der „Schwäbischen Zeitung“, Claudia Kling, betonte.

Die USA wollen ihren Kampfeinsatz im Irak offiziell beenden und sich auf die Ausbildung und Beratung der Sicherheitskräfte in dem Land konzentrieren. Verbliebene Kampftruppen sollen den Irak bis zum Jahresende verlassen. Die Rolle der internationalen Soldaten im Irak wird es weiterhin sein, die Regierung bei ihrem Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) zu unterstützen.

Tatar, der seit Mitte 2020 Gouverneur in Dohuk ist, warnt davor, den IS zu unterschätzen: „Gerade frustrierte Sunniten, die durch die schiitisch geprägte Zentralregierung verärgert sind, könnten sich der Terrorgruppe anschließen.“

Diese Gefahr der Spaltung des Landes sieht auch Michael Blume, der im baden-württembergischen Staatsministerium unter anderem

für die Beziehungen zur nordirakischen Partnerprovinz zuständig ist: „Der Keil zwischen Sunniten und Schiiten, der ohnehin tief ist, wird durch digital verbreitete Botschaften noch tiefer.“

Vor allem bei den Angehörigen der religiösen Minderheit der Jesiden sei die Angst vor einem erneuten Angriff des IS groß, warnt Jan Ilhan Kizilhan. Der Psychiater und Psychologe, der an der Universität Dohuk das Institut für Psychotherapie und Psychotraumatologie aufgebaut hat, weiß aus vielen Gesprächen, „dass die Bilder aus Afghanistan bei den Jesiden sehr präsent sind“.

In den vergangenen 600 Jahren habe es 74 Genozide an den Jesiden gegeben: „Der jüngste Völkermord ist gerade sieben Jahre her.“ Er kenne Buben, die zutiefst traumatisiert seien: „Diese Kinder wollen aus Angst vor dem IS nur noch mit einem Messer unterm Kopfkissen schlafen.“



Ali Tatar

FOTO: KAI LOHWASSER

Gouverneur Tatar ist vorsichtig optimistisch, was den Irak betrifft: „Bei den Wahlen im Oktober sind zu 90 Prozent säkulare Kandidaten gewählt worden, religiöse Extremisten hatten keine große Chance.“ Das neue Wahlsystem habe sich bewährt. Er sei zuversichtlich, dass eine Koalition unter Mitwirkung der Kurden eine handlungsfähige Regierung bilden werde: „Und wir Kurden wollen das Verhältnis zur Zentralregierung verbessern!“ Nicht zu unterschätzen sei der politische Wille der Machthaber im Nachbarland Iran, die die Einflussphäre ausweiten wollten: „Auch mit Waffengewalt.“ Die schiitisch geführten Hashd al-Shaabi-Milizen hätten „sich im Wahlkampf nicht immer an die Regeln gehalten“. Problematisch ist und bleibt die Lage der Geflüchteten vor allem im Nordirak.

In der Provinz Dohuk leben nach Angaben des Gouverneurs 600 000 bis 700 000 Flüchtlinge, vor allem Jesiden und Syrer. Professor Kizilhan berichtete, dass die Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit bei den Geflüchteten regelmäßig zu psychischen Erkrankungen führe. Den Grund nannte Gouverneur Tatar: „In ihre Heimatregion, das Shinghal-Gebirge, werden diese Menschen nicht zurückkehren, denn sie haben keine Garantie, dort sicher leben zu können.“ Neben den Hashd al-Shaabi-Milizen erheben auch die irakische Armee und die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK territoriale Ansprüche im Shinghal-Gebirge. Hinzu kommt: Seit dem Scheitern eines Waffenstillstands im Sommer 2015 fliegt das türkische Militär wieder regelmäßig Angriffe gegen die PKK im Nordirak. Solange es keinen Frieden im Shinghal-Gebirge gebe, werde kein Flüchtling freiwillig zurückkehren: „Wir wollen vor allem nicht nochmals erleben müssen, dass jesidische Frauen auf den Märkten in Damaskus verkauft werden wie Vieh!“

Ob Automobilindustrie oder die Art, wie wir künftig mit Geld umgehen – die Wirtschaft steht vor großen Umbrüchen. Deutschland muss dabei Rückstände aufholen, ist aber auf einem guten Weg.

Alles wird elektrisch

Der Durchbruch der Elektromobilität in Deutschland und das Aus von Plug-in-Hybriden könnte früher kommen als gedacht

Von Benjamin Wagener

FRIEDRICHSHAFEN - Die Zukunft der deutschen Autoindustrie ist elektrisch – mit der alles entscheidenden Frage: In welchem Jahr werden Fahrzeuge, die ausschließlich einen Elektromotor unter der Haube haben, ihren Durchbruch feiern? Hersteller und Zulieferer gingen bislang davon aus, dass in Deutschland um das Jahr 2030 erstmals mehr Elektroautos als Wagen mit klassischem Verbrennungsmotor auf den Straßen unterwegs sein werden. Dieses Szenario könnte nun schon früher Realität werden.

„Der Kipppunkt, von dem an die Menschen die Scheu vor den rein elektrischen Autos verlieren, liegt wohl schon in den Jahren 2024, 2025 oder 2026“, sagte Herbert Schein, der Chef des Batterieherstellers Varta am Mittwoch auf dem Bodensee Business Forum (BBF) von Schwäbisch Media in Friedrichshafen. Voraussetzung sei, dass die Wagen nicht teurer als ein vergleichbarer Benziner oder Diesel seien und die Fahreigenschaften stimmten. „An der Batterie wird es jedenfalls nicht liegen, von der Batterieseite haben wir die Probleme gelöst“, sagte Schein weiter.



Mercedes-AMG-Chef Philipp Schiemer (von links), Varta-Chef Herbert Schein auf dem BBF im Gespräch mit Ulrich Becker.

FOTO: FELIX KÄSTLE

Varta baut zurzeit am Stammsitz in Ellwangen eine Produktion auf, auf der das Unternehmen die großformatige Batterie zelle 21700 produzieren will, die vor allem in leistungsstarken Elektroautos zum Einsatz kommen soll. Um den endgültigen Durchbruch der Elek-

tromobilität sicherzustellen, müsse aber nun auch die Politik ihre Hausaufgaben machen – sprich den Ausbau der Ladeinfrastruktur beschleunigen – forderte Schein. „Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass viele Autos schnell aufgeladen werden“, so der Varta-Chef.

Die Überlegungen von SPD, Grünen und FDP, alle aktuellen staatlichen Subventionen zu hinterfragen, könnte der Verbreitung von rein batterieelektrischen Autos zusätzliche Impulse geben. Denn Plug-in-Hybride, also Autos, in die sowohl Elektro-, als auch Verbren-

nungsmotoren eingesetzt sind, sind ohne steuerliche Förderung und Kaufprämie für viele Kunden wohl unattraktiv. „Wir wollen zusätzliche Haushaltsspielräume dadurch gewinnen, dass wir den Haushalt auf überflüssige, unwirksame und umwelt- und klimaschädliche Subventionen und Ausgaben überprüfen“, heißt es wörtlich in der Sondierungsvereinbarung der drei Parteien für die Koalitionsverhandlungen zur künftigen Bundesregierung.

Umstritten sind die Plug-in-Hybride nicht nur aus ökologischen Gründen, weil völlig unklar ist, wie hoch der Anteil der elektrischen gefahrenen Kilometer ist, sondern auch wegen der Besteuerungsregeln, die die Fahrzeuge als Dienstwagen steuerlich begünstigen.

Für den baden-württembergischen Autobauer Daimler spielen die Plug-in-Hybride schon jetzt kaum mehr eine Rolle. „Für Mercedes insgesamt ist das kein Zukunftsthema“, sagte Philipp Schiemer, Chef der Daimler-Sportwagen-Tochter Mercedes-AMG, bei der Diskussion zur Zukunft der Elektromobilität. Der Fokus von Daimler liege auf batterieelektrischen Autos. „Bei Plug-in-Hybriden sind zwei Systeme im Auto, das ist sehr

komplex und sehr schwer“, sagte Schiemer weiter.

Die aktuellen Zulassungszahlen des Kraftfahrtbundesamtes (KBA) bestätigen den Trend. Während die Zulassungen von rein elektrischen Autos im September im Vergleich zum Vorjahr um 59 Prozent auf 33 655 stiegen, legte die Zahl der neu zugelassenen Plug-in-Hybride nur um 13,5 Prozent auf 22 842 zu. Auch in den Monaten zuvor hat das KBA mehrere Male mehr reine Elektroautos zugelassen als Wagen mit der Kombination aus Elektro- und Verbrennungsantrieb.

Die Subventionsdebatte beschäftigt Mercedes-AMG-Chef Schiemer kaum, doch eine andere Entscheidung der möglichen künftigen Koalitionäre begünstigt er dagegen sehr. „Ich kann es nicht anders sagen, ich bin erleichtert“, sagte Schiemer darüber, dass sich SPD, Grüne und FDP von einem generellen Tempolimit verabschiedet haben. „Die Möglichkeit, auf deutschen Autobahnen ohne Tempolimit zu fahren, ist ein Gütesiegel und ein Wettbewerbsvorteil für die deutsche Industrie.“ Aus Sicht des Managers helfe die freie Fahrt auf Autobahnen, Autos zu optimieren und vor allem in aller Welt zu vermarkten.

Die Zukunft des Geldes

Wie die Digitalisierung unser Währungssystem verändert

Von Andreas Knoch

FRIEDRICHSHAFEN - Rechnungen begleichen per PayPal, Sofortüberweisung oder gar mittels Kryptowährungen – die Digitalisierung hat längst auch den Zahlungsverkehr erfasst. Analoges Geld wie wir es kennen, Münzen, Scheine und Giralgeld, gerät von verschiedenen Seiten unter Druck. Doch nicht nur das. Auch die Hüter der Währungen, die Zentralbanken mit ihrem Geldmonopol, müssen sich plötzlich neuer Wettbewerber erwehren. Müssen wir uns also auf eine Entmaterialisierung des Geldes und eine Ablösung bekannter Zahlungsmittel wie dem Euro durch private Währungen einstellen?

Über diese und andere, das künftige Währungssystem betreffende Fragen, debattierten der für den Zahlungsverkehr zuständige Bundesbankvorstand Burkhard Balz, die Chefin der Schweizer Crypto Finance AG Bernadette Leuzinger und der Berater Alexander Herholz auf dem Bodensee Business Forum am Mittwoch. Zumindest in einem Punkt waren sich die drei einig: Zum jetzi-

gen Zeitpunkt sind privatwirtschaftliche Initiativen wie der Bitcoin kein Ersatz für gesetzliche Zahlungsmittel wie den Euro. Funktionen, die Geld gemeinhin zugeschrieben werden – die Digitalisierung hat längst auch den Zahlungsverkehr erfasst. Analoges Geld wie wir es kennen, Münzen, Scheine und Giralgeld, gerät von verschiedenen Seiten unter Druck. Doch nicht nur das. Auch die Hüter der Währungen, die Zentralbanken mit ihrem Geldmonopol, müssen sich plötzlich neuer Wettbewerber erwehren. Müssen wir uns also auf eine Entmaterialisierung des Geldes und eine Ablösung bekannter Zahlungsmittel wie dem Euro durch private Währungen einstellen?

Doch perspektivisch kann sich das ändern. Die Welt wird immer digitaler, immer schneller. Und diese Entwicklung muss auch der Zahlungsverkehr abbilden. Leuzinger sieht private Kryptoassets wie den Bitcoin, vor allem aber die dahintersteckende Technologie, die Blockchain, da im Vorteil. „Eine Überweisung, die zwei Bankarbeitstage benötigt, ehe sie beim Empfänger ankommt, ist nicht die Zukunft, die wir brauchen“, sagt die Schweizerin, die Bank- und Finanzwesen an der Universität Zürich studiert hat, und die den Bitcoin „auf dem Weg zum Geld“ und die Blockchain „als Konkurrenz zu den Zentralbanken“ sieht. Berater Herholz erwartet perspektivisch

einen „wachsenden Wettbewerb zwischen den verschiedenen Währungen“.

So weit will Bundesbankvorstand Balz nicht gehen. Das staatliche Geldmonopol sieht der Zahlungsverkehrsspezialist nicht in Gefahr, billigt privatwirtschaftlichen Währungsinitiativen aber durchaus Potenzial zu, die Abwicklung von Finanzgeschäften künftig schneller und effizienter zu machen. „Wir werden das geldpolitische Feld nicht kampfflos den Privaten überlassen“, sagt Balz und gesteht damit indirekt ein, dass auch Währungen und Zentralbanken von der digitalen Disruption erfasst werden. Noch verfügen Letztere mit dem staatlichen Geldmonopol über einen Wettbewerbsvorteil. Und zumindest die Bundesbank genießt bei der Mehrheit der Deutschen ein großes, nahezu unerschütterliches Vertrauen. Doch das muss nicht so bleiben. Schließlich ist ein Grund für das Aufkommen privater Währungsalternativen das wachsende Misstrauen in die Stabilität des globalen Geld- und Finanzsystems.

Um zumindest technologisch aufzuschließen, sind Initiativen im Gang, digitales Zentralbankgeld zu etablieren. In zwei Jahren will die EZB und mit ihr die 19 nationalen Notenbanken des Euroraums entscheiden, ob Verbrauchern und Unternehmen künftig ein digitaler Euro als alternatives Zahlungsmittel zum Bargeld zur Verfügung gestellt wird. Der soll eine Vielzahl neuer Anwendungen etwa im Internet der Dinge ermöglichen. Wenn etwa das Elektroauto nach dem Betanken die Zahlung an der Ladestation veranlasst – ohne dass der Fahrer eingreifen muss. Dass damit Bargeld perspektivisch obsolet wird, verneint Balz entschieden. „Wir wollen das Bargeld nicht ersetzen. Solange Bürger das wünschen, wird die EZB Bargeld anbieten – weil Bargeld ein Stück persönliche Freiheit ist.“ Vor allem für die Deutschen.



Bundesbankvorstand Burkhard Balz und Bernadette Leuzinger, Chefin der Crypto Finance AG, auf dem BBF. FOTO: KAI LOHWASSER

STENDER

TECHNISCHE KOMMUNIKATION

SOFTWARE-ENTWICKLUNG

E-LEARNING

Simplify complexity.

stender-gmbh.de

Wangen im Allgäu
Koblenz
Ulm
Jena

Zwei Themen, eine Perspektive: Ob Corona oder Nahrungsmittelproduktion, letztlich besteht die größte Herausforderung darin, die Lösungen global zu denken. Und dafür existieren bereits vielversprechende Ansätze.

Aufruf zum globalen Kampf gegen die Pandemie

Ex-Minister Töpfer fordert mehr Impfstoff für Afrika – Stiko-Chef Mertens erwartet Ende der Corona-Maßnahmen bis Sommer 2022

Von Ulrich Mendelin

FRIEDRICHSHAFEN - In den Industrienationen ist inzwischen jeder zweite Bürger zweimal gegen Corona geimpft. In Afrika haben nur sechs Prozent der Menschen zumindest eine erste Impfung erhalten. Ein offenkundiges Missverhältnis.

„Es ist ärgerlich, dass wir Impfstoff eher verfallen lassen, als ihn zu exportieren“, beklagt Klaus Töpfer. Der CDU-Politiker, früherer Bundesumweltminister und Chef des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, diskutiert auf dem Podium im Friedrichshafener Graf-Zeppelin-Haus über „Corona-Gerechtigkeit“. Allerdings, räumt Töpfer ein, gebe es objektive Probleme. Eine gesicherte Stromversorgung, die für die Kühlung der Vakzine nötig ist, sei südlich der Sahara nicht überall gesichert. Trotzdem: „Wir müssen dafür Sorge tragen, dass jetzt verfügbare Mittel nach Afrika gehen.“ Und eben nicht erst in den Jahren 2022 und 2023, wenn die von der Initiative Covax angekündigten drei Milliarden Impfdosen verfügbar sind, die der Moderator des Podiums Hendrik Groth, Chefredakteur der „Schwäbischen Zeitung“, erwähnt. Nach Ansicht von Töpfer ist dies nicht nur eine



Gerd Leipold

FOTO: CHRISTIAN FLEMMING

humanitäre Verpflichtung. „Wenn uns die Pandemiebekämpfung global nicht gelingt, gelingt sie auch zu Hause nicht.“

Neben Töpfer sitzt Gerd Leipold auf dem Podium, ehemaliger Vorsitzender von Greenpeace International. Er lenkt den Blick auf das Patentrecht. Der Pharmakonzern Merck habe ein Medikament gegen Corona entwickelt, das den Patienten auf dem amerikanischen Markt

700 US-Dollar kostet. Gleichzeitig würden aber regionale Lizenzen zur Herstellung von Generika herausgegeben, ein Medikament für einen Patienten beispielsweise in Afrika könne damit für zehn bis 20 US-Dollar bereitgestellt werden. „Ich glaube, diese Modelle muss man weiter vorantreiben“, sagt Leipold. Töpfer ist da skeptischer: „Wenn man das Medikament für zehn Dollar in Afrika herstellt, was meinen

Sie, wie schnell das mit einem Aufpreis wieder bei uns ist“, gibt er zu bedenken.

Klaus Töpfer plädiert dafür, die Forschung in dem Bereich „One Health“ voranzutreiben – ein Ansatz, der den Fokus auf die enge Verzahnung der Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt legt. „Die Menschen in Afrika wissen über das Zusammenspiel von Mensch und Natur viel mehr“, so Töpfer. Auch Leipold ruft dazu auf, die Forschung in Afrika mehr zu unterstützen.

Recht optimistisch äußerten sich die Gesprächspartner auf einem zweiten Podium beim Bodensee Business Forum, bei dem ebenfalls über die Corona-Pandemie gesprochen wurde – in diesem Fall mit Blick auf die Lage in Deutschland. „Wann herrscht wieder Normalität?“, wollte Moderator Guido Bohsem von seinen Gesprächspartnern wissen. Nach Ansicht des Ulmer Virologen Thomas Mertens, Vorsitzender der Ständigen Impfkommission beim Robert-Koch-Institut, wird dies im nächsten Sommer der Fall sein. „Ich bin guter Hoffnung, dass wir Mitte kommenden Jahres weitgehend normal leben“, sagte Mertens. Mit der Zeit werde sich die pandemische Lage

weiterentwickeln, Covid werde dann „ein weltweit endemisches Virus“ sein. Die Abgrenzung zwischen beiden Stadien sei nicht genau zu definieren. Im Übrigen ist Mertens mit der Arbeitsleistung der Stiko, die zwischenzeitlich wegen zurückhaltender Impfpfehlungen insbesondere bei Jugendlichen unter politischen Druck geraten war, durchaus zufrieden. „Alle die Entscheidungen, die wir als Stiko getroffen haben, würde ich heute wieder so fällen“, betonte der Virologe.

Peter Sölkner, Geschäftsführer der Vetter Pharma Fertigung GmbH äußerte die Erwartung, nach dem Winter würden automatisch viele Menschen „bei 2G mitmachen“, also bei der Regelung, dass man vielerorts im öffentlichen Raum geimpft oder genesen sein muss. „Entweder, weil sie sich noch impfen lassen, oder weil sie sich leider infizieren“. Was die Betriebsabläufe in seinem Unternehmen angehe, habe sich schon vieles normalisiert. Andera Salama-Müller, Oberärztin im St.-Elisabethen-Klinikum Ravensburg, sagte, in ihrem Krankenhaus bedeute Normalität Planbarkeit. „Die haben wir jetzt.“ Zu Beginn der Pandemie seien die Krankenhäuser „runtergebremst worden von 100 auf null“, durch das

Ausbleiben planbarer Operationen sei den Betreibern viel Geld verloren gegangen. Inzwischen habe man sich mit der Lage arrangiert. „Wenn neue Wellen kommen, sind wir nach unserer Einschätzung vorbereitet.“

Christoph Straub, Vorstandsvorsitzender der Barmer Ersatzkasse, erwartet harte Debatten darüber, wie sich Finanzlücken im Gesundheitssystem schließen lassen. Während der Pandemie habe man viel Geld ins System gegeben. „Das war politisch nachvollziehbar

und in Ordnung.“ Das Loch, das sich nun auftue, habe auch gar nichts mit Corona zu tun, sondern damit, dass in der vorhergehenden Phase der Hochkonjunktur viele neue Kassen-

leistungen eingeführt worden seien. Die neue Bundesregierung müsse beantworten, wie die Finanzierung gewährleistet werden solle: durch mehr Steuergeld, durch höhere Kassenbeiträge – oder durch Einsparungen.



Thomas Mertens

FOTO: FELIX KÄSTLE

Mikrofabriken und Nudeln aus Insekten

Fachleute debattieren die Neuausrichtung von Städten und Handel

Von Helena Golz

FRIEDRICHSHAFEN - Das Essen wächst auf den Dächern. In haus-eigenen Mikrofabriken im Einkaufszentrum wird für die Kunden von nebenan produziert. Und draußen fährt eine Schwebbahn und bringt die Menschen ohne Stau zum Wunschziel. So könnte die Innenstadt der Zukunft aussehen, wenn es nach Steffen Braun, Direktor des Forschungsbereichs „Stadt-system – Gestaltung“ am Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation geht. Beim Bodensee Business Forum (BBF) in Friedrichshafen stellte Braun am Mittwoch seine Ideen vor.

„Es braucht eine elastische Stadt“, sagte Braun. Um genug Wohnraum, Grünflächen und eine optimale Versorgung sicherzustellen, müssten die Menschen künftig flexibler mit dem gegebenen Raum umgehen. Das könne dann bedeuten, dass ein Geschäft nur für ein paar Monate in eine Räumlichkeit einzieht und danach Platz für ein neues macht oder dass die Dächer der Bestandsbauten eben als Anbauflächen für die Ernährung der Stadtbewohner genutzt werden.

Nicht erst seit der Corona-Pandemie machen sich die Kommunen in Deutschland Sorgen um ihre Innenstädte. Corona hat das Problem aber noch einmal in den Vordergrund gerückt: In den Städten steigt durch den Boom des Internethandels der Leerstand. Die Entwicklung auf dem Land sei oftmals sogar noch gravierender, betonte Rechtsanwältin und Wirtschaftsprüferin Karl-Christian Bay beim BBF. „Hier gibt es oftmals gar keinen Einzelhändler mehr, und die

Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr fehlt“, sagte er.

Einen Ansatz zur Abhilfe verfolgt hier beispielsweise Thomas Gutberlet, Chef der Supermarktkette Tegut. Er stellte beim BBF das Minimarktkonzept „Teo“ vor. Teo ist ein rund 50 Quadratmeter großer Laden, mit einer Holzfassade und einem begrünten Dach. Er bietet Lebensmittel und Produkte des täglichen Bedarfs. Das Besondere: In den Läden gibt es kein Personal an der Kasse, Kunden können mit einer App den Einkauf selbstständig abwickeln. „Auch auf dem Land wollen die Menschen noch zu Fuß einkaufen. Hier rentiert sich aber kein klassischer Händler, weil die Umsätze in einem Tausend-Seelen-Dorf eben nicht ausreichen“, sagte Gutberlet. Da soll also das „Teo“-Konzept greifen.

Dass die Innenstädte und der Lebensmittelhandel nachhaltig und zukunftsgerichtet agieren, liege aber auch nicht zuletzt in der Macht des Kunden selbst, ist Lara Schuhwerk, Gründerin und Chefin der Beneto Foods GmbH am Mittwoch überzeugt. Schuhwerks Start-up mit Sitz im baden-württembergischen Albstadt verkauft Nudeln aus Insektenmehl und will dieses Mehl auch künftig selbst produzieren. „Die herkömmliche Tierindustrie verursacht 14,5 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen, nutzt 80 Prozent der globalen landwirtschaftlichen Nutzfläche und verbraucht ein Drittel unseres weltweiten Getreides, liefert aber nur 16 Prozent der Kalorien. Da ist doch ein Rechenfehler“, sagte Schuhwerk. Mit dem Anbieten und eigenständigen Produzieren der Nudeln aus Insektenmehl wolle sie eine Alternative bieten. „An Kreativität für die Gestaltung der Zukunft fehlt es uns nicht“, sagte Schuhwerk. Es brauche aber mehr Mut bei der Umsetzung.



Thomas Gutberlet

FOTO: CHRISTIAN FLEMMING

Verwurzelt in der Region.

Erfahren in der aseptischen Abfüllung und Verpackung injizierbarer Produkte.

Und ein Ziel im Blick: Weltweit die Lebensqualität von Patienten zu verbessern.

www.vetter-pharma.com



Wie können Politik und Gesellschaft auf anstehende Herausforderungen reagieren? Wie Ressentiments bekämpfen, wie für eine zukunftsfähige Lebens- und Arbeitswelt sorgen? Darauf suchten zwei Panels Antworten – und schreiben einer neuen Bundesregierung Wünsche ins Stammbuch.

Wach sein gegen Rechtsextreme und Antisemitismus

Vorwürfe an die Sicherheitsbehörden und Forderungen an die Schulen

Von Stefan Fuchs

FRIEDRICHSHAFEN - Es herrscht Einigkeit auf dem Podium in Friedrichshafen: Die Sicherheitsbehörden in Deutschland haben in der Vergangenheit schwere Fehler begangen im Kampf gegen extremistische Gewalt. Doch welcher ist der richtige Weg für die Zukunft? Und welche Möglichkeiten gibt es, Antisemitismus in Deutschland zu bekämpfen? Diese Fragen diskutierten Experten beim Bodensee Business Forum.

„Wie soll ich das meinen Klienten erzählen“, fragt Anwältin Seda Basay-Yildiz, die im NSU-Prozess die Familie des ermordeten Enver Simsek vertrat und selbst Ziel zahlreicher Morddrohungen durch Rechtsextremisten wurde. Gemeint sind Versäumnisse von Polizei und Behörden in den Ermittlungen zu den Taten des „Nationalsozialistischen Untergrunds“, einer Gruppe aus Neonazis, die zwischen 2000 und 2007 neben Simsek neun weitere Menschen tötete. Basay-Yildiz stört sich besonders daran, dass in der Aufarbeitung zahlreiche Akten geschwärzt wurden, zu denen



Seda Basay-Yildiz, Benjamin Strasser und Moderatorin Katja Korf (v.li). FOTO: KAI LOHWASSER

selbst sie als Anwältin keinen Zugang bekommen habe. Zehn Jahre nach der Aufdeckung des NSU, sieht Basay-Yildiz noch „so viele offene Fragen. Was steht in den Akten drin?“ Über das „angebliche Unwissen“ von sogenannten V-Personen, szenezugehörigen Informanten der Sicherheits-

behörden, wünscht sie sich weiter Aufklärung und vor allem Konsequenzen für die Zukunft. Sie fordert eine „grundlegende Reform der Sicherheitsbehörden“. Noch weiter will der Politologe Timo Büchner gehen, der seit Jahren über rechtsextreme Umtriebe berichtet. Er fordert eine

Abschaffung des Verfassungsschutzes in seiner derzeitigen Form. „Das strukturelle Versagen erfordert Konsequenzen“, sagt er. Zwar brauche Deutschland Sicherheitsbehörden, doch müssten diese neu aufgestellt werden. Der Einsatz von V-Leuten müsse eingestellt werden.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Benjamin Strasser, Obmann im Untersuchungsausschuss zum islamistischen Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz, will nicht soweit gehen. Strasser, dessen Partei im Falle erfolgreicher Koalitionsverhandlungen demnächst in Regierungsverantwortung treten könnte, will die Arbeit der Sicherheitsbehörden strenger beobachten. „Wir brauchen eine klare parlamentarische Kontrolle“ sagt er. Die Fehler der Vergangenheit seien deutlich, allerdings wolle er den Einsatz von V-Leuten in Ausnahmefällen weiterhin erlauben.

Weniger Kritik an den Sicherheitsbehörden, sondern vielmehr an den Schulen äußern der Vizepräsident des Zentralrats der



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger FOTO: KAI LOHWASSER

Juden, Abraham Lehrer, und der Psychologe und Autor Ahmad Mansour mit Blick auf den Antisemitismus in Deutschland. Sie nehmen die Kultusministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) forderte die Zivilgesellschaft auf, „wach und engagiert“ zu bleiben.

ziertes Bild vermitteln könnten. Ansonsten spiele man Extremisten aller Richtungen in die Hände, sagt Mansour, der neben dem rechten und linken Antisemitismus auch neuen Antisemitismus feststellt, der durch die Flüchtlingsbewegungen ab 2015 in Deutschland angekommen sei. „Wir müssen diese Menschen erreichen, die in einer Gesellschaft sozialisiert wurden, in der Israel als Erzfeind gilt.“ Abraham Lehrer glaubt, dass insbesondere die Begegnung von Kindern und Jugendlichen in Schulprojekten dabei helfen könnte, Vorurteile zu überwinden. „Der Schüleraustausch zwischen Deutschland und Frankreich war ein Erfolgsprojekt. Wir müssen diese Erfahrungen ins eigene Land transferieren und dafür sorgen, dass Kinder aller Konfessionen sich im Alltag begegnen“, sagt er. Den Sicherheitsbehörden attestiert er mehr Aufmerksamkeit hinsichtlich Antisemitismus. Ex-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) forderte die Zivilgesellschaft auf, „wach und engagiert“ zu bleiben.

Auf der Ampel ruhen große Hoffnungen

Wirtschaftsvertreter fordern schnellen Schub für Digitalisierung und Bürokratieabbau

Von Kara Ballarín

FRIEDRICHSHAFEN - Nach der Bundestagswahl steuern SPD, Grüne und FDP auf eine Ampelkoalition zu. Das zwölfseitige Sondierungspapier, auf das sich die drei Parteien bislang geeinigt haben, mache Hoffnung, sagt Christian Böllhoff, Geschäftsführer der Prognos AG, einem Analyse- und Beratungsunternehmen aus der Schweiz. „Ich fand es positiv, dass nach relativ kurzer Zeit drei sehr unterschiedliche Parteien sich auf vieles

geeinigt haben“, sagte Böllhoff in der Diskussionsrunde „Was nun, neue Bundesregierung?“ beim Bodensee Business Forum (BBF). Erfreulich sei, dass die wichtigsten Themen wie Digitalisierung, Klimaschutz und Entbürokratisierung darin deutlich angesprochen seien. Aber: „Wenn wir ganz viele neue Sachen machen müssen, investieren zum Beispiel, dann müssen wir auch sagen, was wir in Zukunft lassen“, so Böllhoff. „Das lese ich in diesem Papier schon mal gar nicht.“ Allein Themen zu benennen reiche

aber nicht, betonte Thelise Godewerth, Personalleiterin der Rolls-Royce Power System AG. „Man muss eine Anschlussfähigkeit generieren, dafür muss man die Herzen der Menschen erwärmen.“ Nur wenn die Menschen auch emotional gepackt würden, sei gesellschaftlicher Wandel möglich, und der sei dringend nötig. Wie Böllhoff äußerte sich auch Godewerth hoffnungsvoll, dass dem Dreierbündnis dies gelingen könne. Auf die Frage des Moderators Philipp Fleischmann, was sie sich konkret in einem neuen Koalitionsvertrag wünsche, erklärte sie: „Es braucht eine Behörde für die drei Topthemen Digitalisierung, Bildung, Klima“, so Godewerth. „Und es muss genau drin stehen: Was passiert bis wann und wer zahlt es.“

Seit Donnerstag verhandeln SPD, Grüne und FDP in Berlin offiziell

über die Ampel. Als Teil des Verhandlungsteams saß FDP-Landeschef Michael Theurer entgegen ursprünglicher Pläne denn auch nicht auf dem Podium. Auch in seine Richtung schickte Böllhoff seinen Wunsch – einen, der zunächst widersprüchlich klinge, wie er selbst einräumte. „Wie wäre es mit einer Entbürokratisierungsagentur?“, fragte er. Damit würde zwar zunächst weitere Bürokratie aufgebaut. Aber im Gegensatz zum bestehenden Normenkontrollrat, der lediglich Empfehlungen aussprechen kann, könne eine solche Agentur Maßnahmen zum Bürokratieabbau durchsetzen.

Deutlich skeptischer zeigte sich Anje Gering, Hauptgeschäftsführerin der IHK Bodensee-Oberschwaben, mit Blick auf eine Ampel. Die Wirtschaft stehe partnerschaftlich bereit, sagte sie. Aber wichtig seien verlässliche Rahmenbedingungen. Als besonderes Anliegen bezeichnete sie, den Unternehmen mehr Spielraum zu geben – und von Regularien zu entlasten. Ein Beispiel: Das föderale Deutschland brauche nicht 16 verschiedene Datenschutzbeauftragte in 16 Bundesländern. „Man könnte die Datenschutzaufsicht für Unternehmen zentralisieren“, betonte sie. Als weiteres Beispiel nannte sie den Bundesverkehrswegeplan 2030. „Da stecken auch viele wichtige Projekte für unsere Region drin“, so Gering. „Und das Geld ist auch da.“ Bremsklotz auch hier wieder: Bürokratie und zu langwierige Verfahren.

Wichtig sei vor allem, schnell ins Handeln zu kommen, mahnte Böllhoff in Richtung Berlin. Bei der Digitalisierung hätte Deutschland vor Jahren bereits Vorreiter sein können. Das hätte aber erfolgreiche Geschäftsstrategien stören können, „also haben wir auf Zeit gespielt“. Das dürfe gerade mit Blick auf den Klimawandel auf keinen Fall mehr passieren.



Unter dem Titel „Was nun, neue Bundesregierung?“ diskutierten beim Bodensee Business Forum Christian Böllhoff, Anje Gering und Thelise Godewerth darüber, wie die Wirtschaft von der Ampel profitieren könnte. FOTO: FELIX KÄSTLE

CHG

MEIN LIEBLINGSCAFÉ IST AUCH MEIN ARBEITSPLATZ

Schaffen Sie gemeinsam mit Ihren Mitarbeitern eine moderne und flexible Arbeitsumgebung. Profitieren Sie von steigender Motivation und einem Wettbewerbsvorteil im War of Talents. Wir unterstützen Sie dabei mit ganzheitlichen Technologielösungen entlang des Produkt-Lebenszyklus bis hin zur nachhaltigen Wiedervermarktung.

www.chg-meridian.com/dwp

Efficient Technology Management®

WIR KOMBINIEREN RECHT UND WIRTSCHAFT FÜR PRAGMATISCHE LÖSUNGEN

BAY

WIRTSCHAFT RECHT FORTSCHRITT

Die BAY GmbH ist eine Wirtschaftsprüfungs- und Rechtsanwalts-gesellschaft, die sich als Unternehmensberatung an der Nahtstelle zwischen Recht, Finanzen und strategischer Beratung positioniert. Unsere Philosophie beruht auf Teamgeist, Strategie, Taktik und dem perfekten Zusammenspiel unserer hochprofessionellen Crewmitglieder.

Unser Anspruch ist, für jede Herausforderung die beste Lösung für Sie und Ihr Unternehmen gemeinsam zu erarbeiten und zu integrieren.

BAY GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Rechtsanwalts-gesellschaft

Luitpoldpark Uferweg 11
88131 Lindau im Bodensee
Germany

T: +49 (8382) 27 30 79 - 10
F: +49 (8382) 27 30 79 - 30
info@bay-gmbh.com
www.bay-gmbh.com

Deutschlands Platz in der Welt benötigt immer wieder eine neue Verortung. Mit welchen Partnern und in welchen Bündnissen das geschehen sollte – und worauf noch mehr Aufmerksamkeit gerichtet werden sollte.

Oettinger fordert Einheit im Verhältnis zu China

Ex-EU-Kommissar und Experten kritisieren mangelnden Fokus auf Volksrepublik

Von Uwe Jaus

FRIEDRICHSHAFEN - Ex-EU-Kommissar Günther Oettinger hat auf dem Bodensee Business Forum gefordert, standfester mit China umzugehen. Er rät Europa, gegenüber dem Land mit einer Stimme und einer gemeinsamen Strategie aufzutreten. Oettinger war Teil der Veranstaltung „Wie gehen wir mit China um? Das Riesenreich wird immer aggressiver“. Er geht davon aus, dass „Chinas Plan, zur Nummer 1 aufzusteigen“, Wirklichkeit werden wird. Dies betreffe den wirtschaftlichen wie politischen oder militärischen Bereich. Europa falle zurück. Prinzipiell müsste die EU in diesem Zusammenhang Teil eines westlichen Blocks sein, um China eventuell doch noch einhegen zu können.

Oettinger sagte, dies müsse noch in diesem Jahrzehnt geschehen. „Oder es ist zu spät.“ Christine Althaus leitete das deutsche Generalkonsulat in Schanghai. Sie drückte sich weniger direkt aus als ihr Vorredner und erklärte, „China wird ausbreitender“. Beunruhigt zeigte sich Althaus durch eine von ihr wahrgenommene Einflussnahme Pekings, die nicht so direkt sichtbar sei – etwa über Medien. Letztlich



Ex-EU-Kommissar Günther Oettinger.

FOTO: KAI LOHWASSER

bezeichnete aber auch sie China als wirtschaftlichen Konkurrenten und politischen Rivalen. Ebenso sei das Land aber auch ein Partner.

Neben ihr auf dem Podium kam Andreas Schell zu Wort. Er leitet die Rolls-Royce Power Systems AG. Das

Unternehmen ist nach seinen Worten seit 30 Jahren auf dem chinesischen Markt tätig. Schell unterstrich die wirtschaftliche Bedeutung, die China für Deutschland habe. Exporte im Wert von 95 Milliarden Euro würden gegenwärtig dort hingehen.

Er verlangte, die „wirtschaftliche Zusammenarbeit“ zu verstärken – auch, um Einfluss in China zu haben.

Als vierter Diskutant auf dem Podium durfte sich Gerd Leipold zu Wort melden. Er war von 2001 bis 2009 Vorsitzender der Umweltorganisation Greenpeace und gilt als Kenner chinesischer Gegebenheiten. Leipold warnte davor, das Land als monolithischen Block abzuhandeln. Es sei wesentlich vielfältiger, als man es in Deutschland wahrnehme. Der ehemalige Greenpeace-Chef griff das Klimathema auf. Peking sei durchaus bewusst, dass es mit der Umweltverschmutzung nicht so weitergehen könne, sagte er. Die Klimakrise könne aber nur in einem Dreieck aus den USA, Europa und China gelöst werden. In einer weiteren Diskussion beschäftigte sich das Quartett damit, welche Aufmerksamkeit China in der deutschen Politik genießt.

Generalkonsultsleiterin Althaus bemängelte eine „Selbstvergessenheit“ im Wahlkampf vor der Bundestagswahl. Man habe sich letztlich bloß auf die Bundesrepublik konzentriert. Topmanager Schell forderte, „das Thema China muss von einer neuen Bundesregierung sofort aufgegriffen wer-



Christine Althaus

FOTO: KAI LOHWASSER

den“. Oettinger und Leipold hielten es wiederum für unerlässlich, hierzulande Gewichte bei der Ausbildung zu verschieben. China müsse mehr Raum an Schulen und Universitäten eingeräumt werden. Einig war man sich zum Schluss, dass eine

weitere Kooperation mit China unbedingt nötig sei. Dies solle aber keinesfalls zum Preis der Selbstaufgabe geschehen. Probleme müssten ausdrücklich benannt werden – auch auf die Gefahr hin, wirtschaftliche Nachteile zu erleiden.

PIONEERING THE PATH TO NET ZERO

Wir gehen den nächsten Schritt in die klimaneutrale Zukunft und haben unsere Strategie mit „Net Zero at Power Systems“ auf umweltfreundliche Lösungen für Energie und Antrieb ausgerichtet. Ein Meilenstein ist die Zertifizierung der wichtigsten **mtu**-Motorenprodukte, die schon ab 2023 mit nachhaltigen Treibstoffen laufen und dann sukzessive in den Einsatz gebracht werden. Bis 2030 wollen wir mit neuen Technologien Treibhausgas-Emissionen um über ein Drittel reduzieren. Dieses zeitnahe Ziel spielt eine wichtige Rolle bei dem Bestreben der Rolls-Royce-Gruppe, bis spätestens 2050 Klimaneutralität zu erreichen.

www.mtu-solutions.com
www.rolls-royce.com



Kampf um eine neue Weltordnung

Norbert Röttgen, Leon Hahn und Ursula Münch sprechen über die Zukunft der EU

Von Dirk Grupe

FRIEDRICHSHAFEN - War da was im Bundeswahlkampf, in Sachen Außenpolitik? Auf Nachfrage von Hendrik Groth, Chefredakteur der „Schwäbischen Zeitung“, sind sich die Experten auf dem BBF-Podium einig: Nein, da war wenig bis gar nichts. Was für Norbert Röttgen, Leiter des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, nicht am Wahlvolk liegt. „Die Menschen haben ein Gespür dafür, dass alles in Unordnung ist, es Bedrohungen gibt.“ Dass die Außenpolitik in den großen Debatten weitestgehend ausgespart wurde, hält er vielmehr für ein „breites Führungsversagen“, das sich Deutschland nicht auf Dauer leisten könne.

SPD-Politiker Leon Hahn aus dem Bodenseekreis stimmt der Diagnose zu: „Außenpolitik findet im Nebel statt. Die großen Themen werden gar nicht diskutiert.“ Aber warum nicht?

„Die Welt hat sich fundamental verändert“, erklärt Röttgen, der von einem Epochenbruch nach dem Kalten Krieg spricht. „Wir befinden uns im Kampf um eine neue Weltordnung“, auf die Deutschland, auf die Europa noch keine Antwort findet. „Dieser Frage weichen wir aus.“ So bestehe die Gefahr, dass die deutsche Außenpolitik in einem „hinterherlaufenden Reparaturmodus“ bleibe, statt diese zu gestalten.

Doch was ist außenpolitisch in der EU überhaupt umsetzbar? „Die Blockade- und Vetomöglichkeiten, die irgendwann mal eingebaut wurden, die muss man überwin-

den“, sagt Ursula Münch, Professorin für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München sowie Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing am Starnberger See. Denn die Uneinigkeit innerhalb der EU, so Münch, sei eher größer als kleiner geworden. Bleibt Europa allerdings auf dem heutigen Stand, da sind sich die Experten einig, dann droht eine niederschmetternde Entwicklung: „Wir entscheiden jetzt, ob die EU in zehn Jahren noch mehr ist als eine Freihandelszone.“

Dreht sich die Gemeinschaft allerdings weiter um sich selbst, werden laut Röttgen die Konsequenzen vor keinem Bereich haltmachen, auch nicht vor dem Klimawandel. „Es ist eine blanke Illusion, zu glauben, wir könnten in der

Klimapolitik etwas erreichen ohne eine Klimaaußenpolitik.“ Klimaneutralität, so der Außenpolitiker weiter, lässt sich nicht in einer „konfliktreichen Welt erreichen“. Um sich in Krisenfragen und -gebieten wirkungsvoll zu engagieren, müsste das Ziel deutscher Außenpolitik eine Zusammenarbeit mit einzelnen EU-Staaten zu bestimmten Themen sein, ist Röttgen überzeugt. „Da werden wir keine Außenpolitik der 27 kriegen.“ Man müsse aber „solche pragmatischen Ansätze“ wählen, um überhaupt Bewegung in das Thema zu bringen.

Ursula Münch begrüßt diesen Pragmatismus, bedauert aber: „Mit Blick auf die EU ist das ernüchternd“, seien die Ziele schließlich andere gewesen. Deshalb brauche es eine Antwort auf die Frage: „Wie geht man mit diesem Scheitern um?“

Sozialdemokrat Leon Hahn auf jeden Fall will dieses Scheitern nicht hinnehmen: „Es muss Initiativen geben, die Europäische Union wieder zusammenzubringen. Dabei geht es um etwas Wesentliches: Vertrauen.“ Und daran mangelt es ohne Zweifel.



Norbert Röttgen, Ursula Münch und Leon Hahn (von links).

FOTO: CHRISTIAN FLEMMING

Internationale Beziehungen sind in Wirtschaft und Politik dem Wandel unterworfen. Über den Handel der Zukunft im Großen und Kleinen sowie über die Chancen, die die EU bietet.

Harter Kampf um den Lebensmittelmarkt

Migros-Präsidentin Ursula Nold erklärt, wie wichtig Flexibilität ist und warum der Schweizer Konzern nur noch Freiland Eier verkauft

Von Helena Golz

FRIEDRICHSHAFEN - „Noch näher, noch einfacher, noch flexibler“: Das sei der Anspruch, an dem sich das umsatzstärkste Schweizer Handelsunternehmen Migros künftig messen lassen müsse, sagte Ursula Nold, die Präsidentin des Migros-Genossenschaftsbundes beim Bodensee Business Forum am Mittwoch in Friedrichshafen. In ihrem Vortrag zeigte Nold auf, wie das Unternehmen, das mehr als 600 Supermärkte betreibt und rund 100 000 Menschen beschäftigt, diesen Anspruch lebt.

Die Migros ist ein genossenschaftliches Unternehmen mit einer langen Geschichte. Es wurde 1925 von dem Kaufmann Gottlieb Duttweiler – in der Schweiz laut Nold nur „Dutti“ genannt – gegründet. Mehr als zwei Millionen Genossenschaftler zählt die Migros heute. Sie sind in zehn regionalen Genossenschaften im ganzen Land organisiert. Diese betreiben die Supermärkte und diverse Fachmärkte – die Eigentümer sind also auch gleichzeitig Kunden. Die Migros soll sich „kompromisslos für die Bedürfnisse der Konsumenten einsetzen“, sagte Nold. Das sei das genossenschaftliche Prinzip.

Hierbei ist die Unternehmensgruppe aber ständig mit neuen Herausforderungen und Trends konfrontiert, die sich durch die Corona-Krise teils verstärkt haben.

Da ist zum einen das Bedürfnis der Kunden nach mehr Nachhaltigkeit.

Die Migros-Supermärkte hätten darauf reagiert, indem sie beispielsweise seit Ende 2020 nur noch Hühnereier aus Freilandhaltung anbieten, sagte Nold. Oder indem sie einen eigenen Plastiksammelsack eingeführt hätten. Das gesammelte Plastik werde sortiert, recycelt und für neue Verpackungen wiederverwendet. Gemeinsam mit einer Partner-Firma plane Migros außerdem, im nächsten Jahr ein dünn geschnittenes Rindersteak aus künstlichem Fleisch zu lancieren: eine Alternative zur Tierhaltung. „Gemäß unseren Prognosen könnte in der Schweiz der Marktanteil von kultiviertem Fleisch 2030 im ein- oder niedrigen zweistelligen Bereich liegen“, sagte Nold. Die Migros will hier mitmischen.

Ein anderer Trend ist die Digitalisierung. „Die Digitalisierung ist nicht mehr eine IT-Disziplin, sondern Treiberin der neuen Normalität“, sagte Nold, „sie fließt in jeden Kundenkontakt ein.“ In den Migros-Supermärkten könnten die Kunden mittlerweile mit ihrem Smartphone einkaufen, also Produkte selbst einscannen und gleich mit dem Handy bezahlen.

„Unsere Kunden wollen zunehmend alles sofort und an jedem Ort“, sagte Nold. Ein Online-Lieferdienst der Migros im Großraum Zürich verspricht deshalb, bestellte Ware innerhalb von 60 Minuten



Die Präsidentin des Migros-Genossenschaftsbundes: Ursula Nold.

FOTO: FELIX KÄSTLE

zum Kunden nach Hause zu liefern. Vor gar nicht langer Zeit sei eine Lieferung, die noch in derselben Woche ankommt, eine große Errungenschaft gewesen. „Jetzt sind wir bei 60 Minuten“, sagte Nold. Es gebe aber Konkurrenz-Start-ups, die die Essenslieferung innerhalb von

zehn Minuten versprechen. Das zeigt: „Man muss hier unglaublich agil sein als Unternehmen“, sagte Nold, nur dann könne man überleben. Die neuen Herausforderungen verlangten nach „der höchsten Form der Anpassungsfähigkeit“. Fest stehe, dass bisherige Erfolgs-

rezepte nicht mehr ausreichen würden, um in den neuen Märkten nachhaltig erfolgreich zu sein. In einer sich derzeit massiv wandelnden Gesellschaft gehe es darum, als Unternehmen flexibel zu reagieren, sich proaktiv zu rüsten und den Wandel als Chance zu antizipieren

– ganz besonders, wenn man wie die Migros in einem harten Wettbewerb zur Konkurrenz stehe. Discounter wie Aldi, Lidl, aber eben auch Start-ups kämpften hart um den Lebensmittelmarkt. „Wir spüren den Konkurrenzdruck unglaublich stark“, sagte Nold.

Einen großen Vorteil habe die Migros aber gegenüber der Konkurrenz – eine Stärke, die in der Geschichte des Unternehmens eben fest verwurzelt sei: die genossenschaftliche Struktur. Der Grundgedanke des Gründers Duttweiler sei es gewesen, die gemeinnützige Ausrichtung seines Unternehmens zu sichern, als er die Migros 1941 von der Aktiengesellschaft in eine Genossenschaft umwandelte.

Die gemeinnützige Ausrichtung sei heute der Vorteil, sagte Nold. Denn im Gegensatz zu einem Aktienunternehmen „ist die Migros nicht einem Aktionär verpflichtet, der auf eine Dividendenausschüttung wartet“, sagte Nold, „sondern wir können unsere Gewinne reinvestieren“.

Finanziell stehe das Unternehmen, das 2020 einen Umsatz von umgerechnet rund 28 Milliarden Euro und einen Gewinn von mehr als 470 Millionen Euro erzielte, gut da. Im Onlinehandel verzeichnete die Unternehmensgruppe ein Umsatzwachstum von rund 30 Prozent. Man sei gerüstet für die Herausforderungen, die noch kommen. Auch weil „Dutti“ vor 80 Jahren den Grundstein dafür gelegt habe.

Schweizer Unentschlossenheit

Gescheitertes EU-Rahmenabkommen verursacht Ratlosigkeit – auch innerhalb des Landes

Von Theresa Gnan

FRIEDRICHSHAFEN - Eigentlich war alles schon ausgehandelt: Ein Rahmenabkommen sollte bisherige Vereinbarungen zwischen der EU und der Schweiz zusammenfassen und das komplizierte Geflecht aus Verträgen vereinfachen. Die Schweiz hatte sich einst ein solches Abkommen gewünscht, sieben Jahre lang wurde darüber verhandelt, im Mai dieses Jahres ließen die Eidgenossen den Deal dann plötzlich platzen. Seither fragt sich Europa: Was will die Schweiz eigentlich? Eine einfache Antwort darauf, das zeigte die Diskussion „EU vs. Schweiz – Droht ein Bruch mit unseren Nachbarn?“ beim Bodensee Business Forum, gibt es offenbar nicht.

„Ich habe den Eindruck, die Schweiz hat keinen Plan B“, sagte Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) in einem Videostatement. Zustimmung erhielt der Südwest-Regierungschef in der darauffolgenden Diskussion auch aus der Schweiz selbst: Sanija Ameti, Vorstandsmittglied der politischen Bewegung Operation Libero, sprach vom Narrativ der EU als Zentralstaatsungeheuer, das sich seit den Neunzigerjahren in der Schweiz weiterspinne. Sie warb für engere Beziehungen zur Europäischen Union, ebenso wie der ehemalige Botschafter der Schweiz in Deutschland, Tim Guldemann, und der

südbadische Abgeordnete des EU-Parlaments, Andreas Schwab.

Gegenwind kam vor allem vom Schweizer Unternehmer Konrad Hummler. Der Plan B liege auf der Hand, befand er. Schließlich könne bilateral weitergearbeitet werden. „Es gibt ein paar Probleme, aber es ist nicht so, dass wir jetzt auf einmal in einem gekündigten Zustand mit der EU sind.“ Es sei die verfassungsrechtliche Konstruktion in der Schweiz, die zum Scheitern des Abkommens geführt habe. „Man hat unterschätzt, welche Gegnerschaft dieses Rahmenabkommen hat.“ Er führte drei Gründe an, die gegen das Abkommen sprechen: der Einfluss der europäischen Schiedsgerichte, die ungeklärten Konsequenzen, wenn die Schweiz in einem der Punkte ausschert und den Verlust des Freihandelsabkommens von 1971. „Das Freihandelsabkommen ist



Sanija Ameti FOTO: CHRISTIAN FLEMMING

genau das, was die Engländer nicht hatten. Das dürfen wir nicht aufgeben“, sagte Hummler.

Seine ärgste Widersacherin auf dem Podium, die 28-jährige Juristin Sanija Ameti, hält die drei Gründe für vorgeschoben. Sie geht davon aus, dass sich der Schweizer Bundesrat erst nach den Bundesratswahlen den grundsätzlichen Fragen nach dem Souveränitätsverständnis stellen will. „Machterhalt und Wiederwahl sind wichtiger als die Versorgungssicherheit dieses Landes“, sagte sie. Tatsächlich hat es die Schweizer Regierung mit einer Lösung offenbar nicht besonders eilig. Der Schweizer Außenminister Ignazio Cassis sagte im August, eine gemeinsame Definition der Flughöhe der geregelten Beziehungen sei nicht vor 2024 zu erwarten.

Auch ohne das Rahmenabkommen bleiben die bilateralen Verträge zwischen den EU-Staaten und der Schweiz vorerst bestehen, für Grenzländer etwa ändert sich zunächst nichts. Langfristig könnten die Folgen jedoch drastisch sein: Es werde keine weiteren Abkommen geben, und ältere Abkommen würden möglicherweise nicht aktualisiert, heißt es aus Brüssel. Wissenschaftler befürchten dann unter anderem tagelange Stromausfälle, weil die Schweiz kein vollwertiges Mitglied im Strommarkt ist.

Der Politikwissenschaftler und Diplomat Tim Guldemann nahm die Entscheidung des Bundesrats gar zum Anlass die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen. „Ich bin Teil von Europa und stolz darauf, jetzt auch einen Pass zu haben, auf dem Europäische Union steht“, sagte er. Und: „Die Schweizer sind wie Kartoffeln. Die Augen gehen ihnen erst auf, wenn sie im Dreck stecken.“

Der eingefrorene Konflikt auf dem Balkan

Experten halten Bosnien-Herzegowina für einen gescheiterten Staat – Nur ein EU-Beitritt könnte Hoffnung bringen

Von Uwe Jauf

FRIEDRICHSHAFEN - Was wird aus dem Balkan? Mit drei Teilnehmern auf dem Podium geht SZ-Chefredakteur Hendrik Groth als Moderator dieser Frage nach. Letztlich halten die Diskutanten eine nachhaltige Befriedung der Region nur für möglich, wenn etwa Ländern wie Bosnien-Herzegowina oder Serbien der EU-Bertritt gelingen würde. Dies müsste jedoch rasch geschehen, glaubt etwa Valentin Inzko, von 2009 bis 2021 Hoher Repräsentant für Bosnien-Herzegowina.

Der eben erst von diesem Amt abgelöste österreichische Diplomat sieht durchaus Schwierigkeiten bei einem Beitritt der Westbalkan-Länder in die EU – vor allem weil seiner Ansicht nach diverse Mitgliedsländer bremsen würden. Inzko könnte sich jedoch Kompromisse vorstellen, etwa eine Mitgliedschaft auf Probe. Die EU-Perspektive würde jedenfalls für mehr Stabilität sorgen. Ebenso wichtig für den Frieden sei nach wie vor die internationale Präsenz in Bosnien-Herzegowina.

Angefangen hatten die Kämpfe 1991 mit Zerfall Jugoslawiens. Zentrale Kampfgebiete waren erst kroatische Grenzgebiete und Bosnien-Herzegowina. Später ist noch das Kosovo hinzugekommen. Erst Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft verbunden mit Militäreinsätzen haben zumindest für

ein Schweigen der Waffen gesorgt. Aber gilt dies für immer?

Moderator Groth schätzt den Balkan immer noch eher als Pulverfass ein. Die zwei weiteren Diskutanten teilen Inzkos Optimismus auch nur in Teilen. Marie-Janine Calic ist Professorin für Ost- und Südosteuropäische Geschichte an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität. Sie bemängelt, dass der 1995 geschlossene Dayton-Vertrag zur Befriedung von Bosnien-Herzegowina den Konflikt „nur eingefroren“ habe. Der Staat sei nur zum Preis eines ethnisch zersplitterten Gebildes mit einer völlig unübersehbaren Regierungsform erhalten geblieben. „Nation-Bildung“, sagt Calic, „hat hier nicht funktioniert.“

Immerhin hält sie die Kriegsgefahr für nicht „immanent“. Was daran liegen würde, dass die Nachbarländer von Bosnien-Herzegowina pazifiziert seien. Wobei Kroatien bereits den Sprung in die EU geschafft habe – für sie ein zentraler Grund, dass dieses Land kein Inter-

esse an einem Konflikt haben könne. Die Wissenschaftlerin geht durchaus davon aus, dass die EU wichtig zur Lösung der Probleme auf dem westlichen Balkan ist. Ein rascher Beitritt würde die EU aber überfordern und ihre Funktionsfähigkeit infrage stellen. Auch der dritte Teilnehmer auf dem Podium sieht durchaus eine bedeutende Rolle der Brüsseler Gemeinschaft: „Die Zukunft des Westbalkan hängt davon ab, wie sich die EU weiter entwickelt“, glaubt Johannes Grotzky, ehemaliger Hörfunkdirektor des Bayerischen Rundfunks und langjähriger Balkan-Experte. Gegenwärtig sieht er für eine Aufnahme schwarz.

Grotzky erinnert daran, dass an Bosnien-Herzegowina von außen „geknaubert“ werde. Er meint damit, dass sich die Nachbarländer Kroatien und Serbien mit der Existenz dieses Staates nicht abfinden würden. Aufteilungspläne habe es schon gegeben. Der Journalist verweist zudem darauf, dass darüber hinaus weitere gefährliche Probleme anstünden. So werde Serbien das Kosovo als eigenständigen Staat nie akzeptieren. Grotzky fragt vorsichtig, ob es eventuell nicht auch zu Problemlösungen kommen könne, wenn es einvernehmliche Grenzverschiebungen geben würde.



Von links: Marie-Janine Calic, Hendrik Groth (Moderation), Johannes Grotzky und Valentin Inzko. FOTO: FELIX KÄSTLE



Klaus Töpfer, Gerd Leipold und Hendrik Groth, Chefredakteur der „Schwäbischen Zeitung“.
FOTO: CHRISTIAN FLEMMING



Vielfalt gab es nicht nur auf den Podien, sondern auch auf den Tellern.
FOTO: FELIX KÄSTLE



Besucherinnen und Besucher des Bodensee Business Forums 2021 im Foyer des Graf-Zeppelin-Hauses.
FOTO: MICHAEL SCHEYER



Bodensee Business Forum 2021

Eine Veranstaltung von Schwäbisch Media

Vernetzen statt verzweifeln: Ideen für eine Welt im Wandel

Graf-Zeppelin-Haus
Olgastraße 20
88045 Friedrichshafen

20. Oktober 2021

Das nächste Bodensee Business Forum findet am 20. September 2022 statt.

Alle Informationen und Hintergründe zum Bodensee Business Forum 2021 im Netz auf

schwaebische.de/bbf21



Saniya Ameti (Bild links) und Stiko-Chef Thomas Mertens.
FOTO: MICHAEL SCHEYER



Imposante Kulisse am Ufer des Bodensees.
FOTO: EVA MARIA PETER



Die afghanische Frauenrechtlerin Zarifa Ghafari und Steffi Dobmeier, stellvertretende Chefredakteurinnen der „Schwäbischen Zeitung“.
FOTO: CHRISTIAN FLEMMING



Die Sendung „Chefsache Business Lounge“, die beim BBF aufgezeichnet wurde, wird an folgenden Terminen von Regio TV Bodensee ausgestrahlt:

Freitag, 22. Oktober
18:30 Uhr
20:30 Uhr
22:30 Uhr

Samstag, 23. Oktober
18:30 Uhr
20:30 Uhr
22:30 Uhr

Sonntag, 24. Oktober
20:30 Uhr
22:30 Uhr



Tobias Krohn, Geschäftsführer und Leiter Unternehmensentwicklung bei Schwäbisch Media.
FOTO: CHRISTIAN FLEMMING



Philipp Schiemer, Geschäftsführer der Mercedes-AMG GmbH, und Chefredakteur Hendrik Groth
FOTO: SCHEYER



Auszeiten und Gespräche vor dem Graf-Zeppelin-Haus.
FOTO: FELIX KÄSTLE

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945
Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ebingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Laichingen, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spaichingen, Tettmann, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion
Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteure: Steffi Dobmeier (digital), Andreas Müller;
Mitglied der Chefredaktion: Jochen Schlosser;
Leitender Redakteur (Editorenpool): Dirk Augustin
Politik: Katja Korf; Wirtschaft: Benjamin Wagener;
Journal/Kultur: Katja Waizenegger; Sport: Martin Deck;
Beilagen/Wochenende: Simone Haefele;
Gestaltung: Hassan Al Mohizab
alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16

Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Theresa Gnann
Redaktion Berlin: Claudia King
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub
Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel

Verlag
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg;
Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499
Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991139
Geschäftsführer: Lutz Schumacher
Verantwortlich für Anzeigen: Boris Lazar
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
Verantwortliche für Zeitungsproduktion: Anita Löst

Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 73 vom 1.1.2021. Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokalredaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555
Telefax: 0751 / 29 555 556
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de
Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG, Weingarten und Ulm